

NEWSLETTER ZUR BERICHTERSTATTUNG IN TÜRKISCHEN TAGESZEITUNGEN
NR. 126, 11.05.2012-14.05.2012

Interkulturelle Sensibilität notwendig

Hürriyet, 14.05.2012, S. 13

Juristen und Experten der Antidiskriminierungsstelle des Bundes konzentrieren sich in ihrer Arbeit auf die Beratung der Öffentlichkeit. Der rechtliche Weg, angefangen bei einer Anzeige, liegt jedoch allein in der individuellen Entscheidung. Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes übernimmt und bietet keine anwaltliche Vertretung und auch keine Begleitung bei Gerichtsverhandlungen. Bei Bedarf setzt sich die Antidiskriminierungsstelle als Vermittlerin ein und fordert gegebenenfalls schriftliche Erklärungen von den entsprechenden Stellen wie der Versicherung, des Arbeitgebers oder des Vermieters ein.

Das Ergebnis der telefonischen Beratung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes für die Hürriyet-Leser in der Hürriyet-Redaktion ist, dass insbesondere das Personal in behördlichen Einrichtungen wie den Arbeitsagenturen keine kulturelle Sensibilität besitzen.

Die Vorsitzende der Antidiskriminierungsstelle des Bundes Christine Lüders fordert deshalb, dass die Beschäftigten in Ämtern und Behörden in interkulturellen Kompetenzen geschult werden müssen.

Während der telefonischen Beratung beriet das Team der Antidiskriminierungsstelle die Hürriyet-Leser. Die Häufigkeit diskriminierender Erfahrungen in Behörden und auf Ämtern wertete die Vorsitzende der Antidiskriminierungsstelle Christine Lüders als Alarmsignal: „Die große Zahl von diskriminierendem Umgang in den Arbeitsagenturen und auf Ämtern ist alarmierend. Ich werde mich mit dem Vorsitzenden der Bundeagentur für Arbeit darüber beraten, welche gemeinsamen Gegenmaßnahmen getroffen werden können.“

Diskriminierung

Die Anrufer berichteten häufig über ausgrenzendes Verhalten in den Arbeitsagenturen. Insbesondere im Beratungsgespräch wurden die Arbeitssuchenden in bruchstückhaftem Deutsch beraten, ausgehend davon, dass sie der deutschen Sprache nicht mächtig sind.

Sowohl in den Arbeitsagenturen als auch in den Behörden gibt es die Möglichkeit, Kontakt mit den

Vorgesetzten aufzunehmen. Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz verbietet einen solchen Umgang. Gleichzeitig können Informationen von der Antidiskriminierungsstelle eingeholt werden.

Kein Eintritt in die Diskothek

Ein junger Mann erklärte am Telefon, dass ihm und seinen türkischen Freunden der Einlass in eine Diskothek verwehrt wurde. Er fragt, was sie in einem solchen Fall tun können.

Für Fälle wie diese gibt es bereits sehr viele Rechtsurteile. Notwendig ist der tatsächliche Beweis. Insbesondere im Hinblick auf eine Gerichtsverhandlung. Dazu sind Zeugen notwendig, die die Situation glaubhaft beweisen können.

Bewerbungen

Ein 53 Jahre alter Ingenieur erklärt, dass er trotz vielzähliger Bewerbungen nur Absagen erhält. Er vermutet, dass es an seinem Alter liegt, was er allerdings nicht beweisen kann.

Das größte Problem auf dem aktuellen Arbeitsmarkt in unserer Gesellschaft ist die Diskriminierung von Arbeitnehmern und Bewerbern im fortgeschrittenen Alter. Laut einer Untersuchung macht jeder fünfte Arbeitnehmer in Deutschland diese Erfahrung. Wir haben das Thema der Alterdiskriminierung zu unserem Schwerpunktthema für dieses Jahr gemacht. Was können Sie konkret in einem solchen Fall machen? Nur in Ausnahmefällen wird dem Bewerber gesagt, dass er zu alt sei. Wenn jedoch die Stellenanzeige weiterhin besteht und Ihnen aber gesagt wird, dass die Stelle bereits vergeben sei, kann dies ein Anhaltspunkt für diskriminierendes Vorgehen sein. Wenn Sie genügend Indikatoren besitzen, die eine Diskriminierung beweisen können, muss der Arbeitgeber vor Gericht erst einmal beweisen können, dass keine Diskriminierung aufgrund des Alters vorliegt.

Anstieg kultureller und religiöser Diskriminierung – Wachsamkeit gegenüber Menschen wie Sarrazin

Zaman, 14.05.2012, S. 2

Der spanischstämmige Beauftragte für Migration und Integration von Rheinland-Pfalz, Miguel Vicente, erklärt in seinem Vortrag während der

Konferenz „Interkulturelle Beziehungen“, dass der Islam wie das Christentum und das Judentum ein Teil von Deutschland ist.

Miguel Vicente wies während seines Vortrags auf die steigende religiöse und kulturelle Diskriminierung in Deutschland hin. Dieser Anstieg sei ein Nährboden für extremistisches Denken. Vicente betonte weiter, dass in einer derartigen Atmosphäre Autoren wie beispielsweise Sarrazin zum Sprachrohr für bereits rassistisch eingestellte Menschen wird. Vicente sieht von den politischen Debatten die Gefahr ausgehend, wonach Menschen zunehmend in ethnische Gruppen eingeteilt werden und sich die politischen Diskussionen vermehrt auf die ethnische Herkunft der Menschen konzentrieren. Dabei werden wichtige gesellschaftspolitische Themen außer Acht gelassen. Vicente fordert deshalb einen achtsameren Umgang mit Sprache in den öffentlichen Debatten, um einer weiteren Polarisierung und Diskriminierung entgegen zu treten. Miguel Vicente erläuterte, dass die Migranten in Deutschland durchschnittlich seit 20 Jahren hier lebten. 95% von ihnen geben an, dass sie sich in Deutschland wohl fühlen.

Laut Vicente können die Alltagshürden und die zunehmende Diskriminierung nur durch den gegenseitigen Kontakt, der ein Kennenlernen ermöglicht, abgebaut werden. Darüber hinaus betonte der Sozialdemokrat Vicente, dass überall Integration natürlich gewünscht sei, dass das Integrationsverständnis von seitens der Politik konträr dazu interpretiert werde und dies unweigerlich zu Konflikten führe.

Wichtig ist laut Vicente insgesamt, dass jeder extremistischen politischen und religiösen Ideologie entgegen gewirkt werde. Dafür sei es auch notwendig zu überlegen, in welcher Form der Islam in Deutschland integriert werden kann. Für die Integration seien deshalb freiheitlichere Gesetzesveränderungen notwendig, so Vicente.

Hohe Wahlbeteiligung türkischstämmiger Wähler in Nordrhein-Westfalen

Zaman, 14.05.2012, S. 4

In Nordrhein-Westfalen fanden am Sonntag Landtagswahlen statt. Insgesamt leben 18 Millionen Menschen in diesem Bundesland. Davon sind eine Million türkischstämmig und zwei Millionen der insgesamt 18 Millionen Einwohner Muslime. Gestern waren 13,2 Millionen Wahlberechtigte zur Landtagswahl aufgerufen. Die Aktionen der rechtsextremen Pro NRW und der anti-muslimischen Proteste in der jüngsten

Vergangenheit führten bei den türkischstämmigen Wählern zu einer höheren Wahlbeteiligung: „Die beste Antwort auf die rassistische Pro-NRW-Partei und ihre antiislamischen Aktionen können wir durch demokratische Mittel demonstrieren, indem wir unserer Stimme an den Wahlurnen Ausdruck geben.“

Die Wahlen in Nordrhein-Westfalen werden aufgrund der Größe des Bundeslandes und wegen seiner Einwohnerzahl als „kleine Bundestagswahl“ betrachtet.

Das Interesse der rund 350 000 türkischstämmigen Wahlberechtigten ist wegen den rechtsextremistischen und rassistischen Demonstrationen der Pro-NRW deutlich gestiegen, was sich am Wahlsonntag widerspiegelte. Insgesamt nahmen bei den letzten Landtagswahlen im Mai 2010 52% der Wahlberechtigten an den Wahlen in NRW teil. Davon waren nur 15% türkischstämmige Wähler. Die Provokationen der Pro-NRW, die sich vor allem in von Türken und Muslimen stark bewohnten Stadtteilen äußerten, riefen den Widerstand der türkischstämmigen Wähler hervor: „Angehörige der rassistischen Partei Pro-NRW hängen ihre Plakate, wo Minarette rot durchgestrichen sind und ihre rassistischen Parolen zu lesen sind direkt vor unserer Haustür und vor unseren Moscheen auf. Nur durch unsere hohe Wahlbeteiligung können wir die Pro-NRW politisch schwächen. Gleichzeitig möchten wir die demokratischen Parteien im Parlament stärken.“

Zuvor hatten die KRM, die DITIB, die ATIB, die IGMG und der VIK und weitere zivilgesellschaftliche Organisationen zur Wahlbeteiligung aufgerufen.

Merkels Partei erlebt Niederlage

Radikal [Türkeiausgabe, Anm. M. K.], 14.05.2012

Merkels Partei hat bei den vorgezogenen Neuwahlen im Bundesland Nordrhein-Westfalen verloren. Während die CDU 8,3 Prozentpunkte verlor, konnte die Herausforderin SPD um 4,6 Prozentpunkte zulegen. Die Partei mit dem besten Ergebnis sind die Piraten. Sie wurden mit 7,8% der Wählerstimmen in das Parlament gewählt. Die Liberalen erlangten 8,6% der Stimmen und die Linke scheiterten an der Wahlhürde.

Erwartet wird eine rot-grüne Koalition. Die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft zeigte sich zufrieden mit dem Ergebnis. Norbert Röttgen von der CDU erklärte hingegen seinen Rücktritt, nachdem er die

Verantwortung für die Wahlniederlage der CDU übernommen hatte.

Die Wahlen im größten Bundesland in Deutschland gelten als wichtig und werden auch im Bezug auf die Bundestagswahlen im kommenden Jahr wegen ihrer Signalwirkung aufmerksam verfolgt.

In das Landesparlament schafften es drei türkischstämmige Kandidaten: Von den Grünen ist Arif Ünal und von der SPD Ibrahim Yetim wieder gewählt worden. Da die Linkspartei den Sprung ins Parlament nicht geschafft hat, sind Özlem Alev Demirel, Ali Atakan und Hami Akbayır nicht mehr im Parlament vertreten.

An der Wahl beteiligten sich auch türkischstämmige Wahlberechtigte. Hüsamettin Akgöz, der in Porz zur Wahlurne geht erklärt: „Seit 1999 bin ich deutscher Staatsbürger und beteilige mich an jeder Wahl. Wir lernten bereits in der Schule, dass das passive und aktive Wahlrecht staatsbürgerliche Pflichten sind. Auch wenn wir uns nicht aktiv politisch beteiligen, so sollten wir zumindest von unserem Wahlrecht Gebrauch machen. Wir müssen an unserer politischen Stimme in Deutschland arbeiten und einen Platz finden. Um einen Einfluss auf die Gesetze, die uns Migranten betreffen zu erhalten, sollten wir den Weg über die Politik gehen. Insbesondere türkischstämmige Kandidaten brauchen unsere Unterstützung, weil sie sich mit unseren Problemen auseinandersetzen. Ich hoffe, dass nach den Wahlen die Partei siegen wird, die die Arbeitslosigkeit und die Schwierigkeiten, die insbesondere Migranten aufgrund ihrer Migrationserfahrung besitzen, lösen kann.“

Salafisten-Streit zwischen der Familienministerin und den Grünen
Zaman, 14.05.2012, S. 5

Die Bundesfamilienministerin Kristina Schröder und die Grünen streiten sich wegen der Salafisten. Das Extremismus-Konzept, welches Schröder letztes Jahr während einer Presskonferenz vorstellte, hatte die Kritik der Grünen auf sich gezogen. Die Kritik der Grünen lautete dahingehend, dass sich die Ministerin ausschließlich auf den islamischen Radikalismus konzentrieren würde. Die Grünen beschuldigten CDU-Ministerin, dass sie weder den Antisemitismus noch den rassistischen Terrorismus programmatisch beachte.

Allerdings fordert Volker Beck von den Grünen aufgrund der seit einigen Monaten im politischen Tagesgeschehen stark auftretenden Salafisten in

Deutschland, Maßnahmen gegen diese Form des Extremismus zu ergreifen.

Die Familienministerin machte sich über die Forderungen des Grünen-Politikers lustig und erklärte, dass nun die „Salafisten über die Grünen“ lachen würden. Sowohl Schröder als auch Beck beschuldigten sich gegenseitig der Widersprüchlichkeiten.

Die Familienministerin steht aufgrund des von ihr geforderten Betreuungsgeldes, ihrer fehlenden Erfahrung und ihrer Interpretation zu einer Studie über Ehrenmorde aus dem vergangenen Jahr zu ungunsten des Islam in der Kritik. Die Ministerin war bereits wegen ihrer Dissertation und ihrer verfehlten Lesart von Studien bereits in der medialen Kritik gestanden.

Die Wahlpräferenzen der Migranten werden in NRW bestimmt

Sabah, 11.05.2012, S. 18

Am Sonntag finden im Bundesland Nordrhein-Westfalen Landtagswahlen statt. Die Stimmen der Wähler mit Migrationshintergrund könnten dabei zum entscheidenden Ausgang der Wahlen beitragen.

Die SPD steht in der Präferenz der türkeistämmigen Wählerinnen und Wähler in Nordrhein-Westfalen an erster Stelle. Die von der Stiftung Zentrum für Türkeistudien durchgeführte Umfrage in Essen-Duisburg kommt zu dem Ergebnis, dass 37% der wahlberechtigten türkeistämmigen Wähler die SPD präferieren. An zweiter Stelle mit 20% sind die Grünen und die CDU kommt bei dieser Umfrage auf 4% der Stimmen, wohingegen die Liberalen lediglich 1% der türkeistämmigen befragten Wählerstimmen auf sich vereinigen könnten. Neben den stabil zählenden Stimmen für die Sozialdemokraten und Bündnis 90/Die Grünen gewinnen die Linken mit 80% zunehmend an Attraktivität für türkeistämmige Wähler.

Der Vorsitzende der Landesgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretung (LAGA) in Nordrhein-Westfalen, Tayfun Keltek, erklärte in der „Deutschen Welle“, dass die Wahlpräferenzen der türkeistämmigen Wählerinnen und Wähler nicht überraschten, da die Grünen und die SPD die Parteien sind, die die politischen Forderungen der Stimmberechtigten in ihr Parteiprogramm aufgenommen haben: „Sie beschäftigen sich mit Themen, die für die Türken wichtig sind“, so Keltek. Keltek unterstützt die SPD, Bündnis 90/Die Grünen mit Blick auf die doppelte Staatsbürgerschaft. Er weist darauf hin, dass EU-Bürger in Deutschland

bereits nach drei Monaten für Kommunalwahlen wahlberechtigt sind, wohingegen türkischstämmige Wähler auch nach 50 Jahren deutsch-türkischer Migrationsgeschichte nicht wahlberechtigt sind.

Die Wahlpräferenzen der deutschstämmigen Migranten vom Balkan, Russland und aus Asien unterscheiden sich deutlich von denen der türkischstämmigen Wähler: Sie bevorzugen konservative Parteien.

Wahlrecht nach 50 Jahren der Migration

Sabah, 11.05.2012, S. 17

Die Regierung in der Türkei hat das Gesetz über das Wahlrecht für die Auslandstürken in Europa verabschiedet. Die im Ausland lebenden türkischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger haben im 50. Jahr der türkisch-europäischen Migration endlich ihr Wahlrecht erlangt. Dafür sind die Einschränkungen für die Wahlmöglichkeiten der Auslandstürken sowie die Beschränkungen im Staatsbürgerschaftsgesetz durch das Parlament aufgehoben worden. Die Liste mit den Namen der Wählerstimmen wird in Zukunft von der YSK [*Yüksek Seçim Kurulu, Hoher Wahlausschuss Türkei, Anm. M. K.*] veröffentlicht werden.

Die Stimmenabgabe der Auslandstürken wird 45 Tage vor der eigentlichen Parlamentswahl in der Türkei beginnen. Diese wird bis zum siebten Tag vor dem Wahltag in der Türkei bis 17:00 Uhr andauern und von der YSK an verschiedenen Wahlurnen umgesetzt und koordiniert werden.

Für die Überwachung der Zahl der Stimmberechtigten wird das Außenministerium zuständig sein. Die Dauer der Stimmabgabe soll in Zukunft von 08:00 Uhr – 17:00 Uhr sein, was jedoch von der YSK zeitlich eingeschränkt werden kann. Darüber hinaus wird auch der Wahltag von der YSK bestimmt, der je nach Land unterschiedlich sein wird. Die Wahlunterlagen sollen von der YSK an die entsprechenden Wahlräte verschickt versendet werden.

Die Wahlberechtigten werden anhand ihrer Nummer im Personalausweis ausgemacht und durch den Reisepass oder durch amtliche Dokumente identifiziert.

Erst wenn die Stimmabgaben für die Parlamentswahlen in der Türkei abgeschlossen

sind, werden die aus dem Ausland kommenden Wahlunterlagen, die versiegelt sein müssen, geöffnet. Sowohl das Öffnen als auch die Auswertung der abgegebenen Stimmen müssen protokolliert werden.

AUTORIN NEWSLETTER: MELTEM KULAÇATAN

DEN NEWSLETTER ZUR MEDIENBERICHTERSTATTUNG IN TÜRKISCHEN ZEITUNGEN FINDEN SIE AUCH IN UNSEREM ARCHIV AUF WWW.ISLAMEDIA.DE UNTER DER RUBRIK NEWSLETTER.

IMPRESSUM:
FRIEDRICH-ALEXANDER-UNIVERSITÄT ERLANGEN-NÜRNBERG
ERLANGER ZENTRUM FÜR ISLAM UND RECHT IN EUROPA
LEHRSTUHL FÜR BÜRGERLICHES RECHT – PROF. DR. MATHIAS ROHE
SCHILLERSTR. 1, 91054 ERLANGEN

WWW.ISLAMEDIA.DE
ISLAMEDIA@JURA.UNI-ERLANGEN.DE

DER NEWSLETTER ERSCHEINT IN UNREGELMÄSSIGEN ABSTÄNDEN UND ERHEBT KEINEN ANSPRUCH AUF VOLLSTÄNDIGKEIT. ANGEFÜHRTE LINKS BZW. ARTIKEL GEBEN NICHT DIE MEINUNG DER HERAUSGEBER WIEDER.

UM DEN NEWSLETTER ZU BESTELLEN ODER ABZUBESTELLEN, BITTE UM ANTWORT MIT „BESTELLEN“ BZW. „ABBESTELLEN“ IM BETREFF.